



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Zum Kanzlerwechsel im Reiche	421	Anderer Organisationen. Von der Kriegstagung des Deutschen Arbeiterkongresses. — Der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur	426
Gesetzgebung und Verwaltung. Die Geschäftsberteilung zwischen Reichsamt des Innern und Reichswirtschaftsamt. — Das Preussische Abgeordnetenhaus zur Regelung des Arbeitsnachweises	423	Mitteilungen. Mitteilung der Generalkommission über Quartalsbeiträge	428
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	423	Hierzu: Statistische Beilage Nr. 1: Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reiche im Jahre 1916.	
Arbeiterversicherung. Der Arbeitsgang der Unfallversicherung	425		

Zum Kanzlerwechsel im Reiche.

Nur wenig mehr als drei Monate hat die Amtsdauer des sechsten deutschen Reichskanzlers Dr. Georg Michaelis gewährt. Am 2. November dieses Jahres ist er von seinem Posten als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident zurückgetreten und der bisherige bayerische Staatsminister Graf v. Hertling zu seinem Nachfolger ernannt. Michaelis Vorgänger v. Bethmann Hollweg war auf Betreiben der Alldeutschen gestürzt worden, die ihn wegen seiner Friedensziele und seiner Haltung zu innerpolitischen Reformen hielten. Ihr Dazwischenkam eine Stütze bei einem Teil der Mehrheitsparteien des Reichstags, die sich von Bethmanns Politik der Verheißungen nicht befriedigt fühlten. Manche haben seitdem den Tag vernünftigt, an dem sie, bewußt oder unbewußt, den Reaktionsären Vorschub geleistet haben.

Immerhin nahm sich der Amtsantritt Michaelis nicht so übel aus. Er war zwar politisch ein unbeschriebenes Blatt, hatte sich aber in der Reichsgesetzgebung und als preussischer Staatskommissar für das Ernährungswesen als tüchtiger Verwaltungsmann bewährt. Dazu brachte die Zusammensetzung seiner Mitarbeiterstäbe im Reich und in Preußen einige Zugeständnisse an den politischen Fortschritt. Ein preussischer Parlamentarier wurde ins Reichsjustizamt und ein Reichstagsführer ins preussische Justizministerium berufen, ein bekannter Sozialpolitiker bekam die Leitung des Reichswirtschaftsamts und ein Sozialdemokrat kam als Unterstaatssekretär ins Kriegsernährungsamt. Auch der Rücktritt einer Anzahl preussischer Minister, die als Reaktionsäre und Gegner des vom Kaiser verheißenen gleichen Wahlrechts für Preußen galten, wirkte beinahe befreiend. Daß er später auch einen Ausschuß von Parlamentariern zur Abfassung der Antwortnote auf die Friedensanregung des Papstes heranzog, ließ ebenfalls den guten Willen erkennen, mit dem Reichstag zusammenzuarbeiten. Diese Harmonie wurde indes erheblich beeinträchtigt durch das Verbleiben des Vizekanzlers Dr. Helfferich und des preussischen Eisenbahnministers v. Breitenbach. Auch die politische Stellungnahme des neuen Kanzlers erschien zweifelhaft. Er behauptete zwar, die Friedensresolution des Deutschen Reichstags vertreten zu können, machte dazu aber den eigenartigen Vor-

behalt: „Wie er sie verstehe.“ Dafür wurde er sofort von den Alldeutschen als der Mann ihres Vertrauens reklamiert, eine Zumutung, gegen welche der Kanzler sich lange nicht energisch genug in der Öffentlichkeit verwahrte. Im Gegenteil deutete vieles darauf hin, daß die neue Regierung gegenüber den alldeutschen Kriegsschreibern die Zügel am Boden schleifen ließ, während den Vertretern des Friedensgedankens behördlicherseits die größten Hindernisse bereitet wurden. Die alldeutsche Propaganda verstieg sich zu der Gründung einer Deutschen Vaterlandspartei, für welche behördlicherseits nicht bloß Stimmung gemacht, sondern sogar verschiedentlich ein Druck auf Unterbeamte und Einwohner ausgeübt wurde, während die Versammlungstätigkeit der Friedensfreunde von den Generalkommandos verboten wurde. Spät genug ließ sich der Reichskanzler zu einer öffentlichen Verwahrung gegen dieses politische Hervortreten von Behörden bereit finden. Die alldeutsche Agitation machte sich schon ungeheuer im Heere breit. Beleidigungen des Deutschen Reichstags in Reden und in der Presse überboten einander und der Ruf nach einem starken Mann, der mit eisernem Wesen diese „Volksvertretung“ zusammenfegen möge, erhob sich von Tag zu Tag dreifach. So mußte sich die Krisis zu einer Entladung verdichten.

Am 6. Oktober interpellierte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Reichskanzler über die alldeutsche Agitation im Heere und über seine Maßnahmen gegen solchen Mißbrauch der Dienstgewalt. Der Kriegsminister v. Stein antwortete ziemlich gereizt und wenig entgegenkommend, und der Vizekanzler Dr. Helfferich bezeugte dem Reichstag sogar seine persönliche Mißachtung. Die Mehrheitsparteien gaben ihrer Empörung über dieses Verhalten Ausdruck und die Unabhängigen Sozialdemokraten brachten einen Mißbilligungsantrag gegen den Reichskanzler ein. Wenige Tage später, am 9. Oktober, erhob nach einer Rede Dittmanns (U. Soz.), der auf die Unterdrückung sozialdemokratischer Gesinnung in Heer und Marine einging, der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle gegen Dittmann und mehrere seiner Parteifreunde im Reichstags die Anklage, eine Agitation an Bord der deutschen Kriegsflotte mit dem Ziel der Gehorsamsverweigerung gefannt und gebilligt zu haben. Der Reichskanzler hatte diese „Enthüllung“ mit dem be-

schlag von 75 Proz. auf die tariflichen Sätze vereinbart. Insofern wegen Betriebsbehinderungen eine Verschiebung der Arbeitszeit eintritt, die nicht von der Firma verschuldet ist, sollen nur solche Arbeitsstunden als Ueberstunden gelten, die über die wöchentliche normale Arbeitszeit hinausgehen. Sichtlich der Druckpreise wurde anerkannt, daß die Herstellungskosten bei der Anfertigung von Drucksachen so enorm gesteigert sind, daß ein Aufschlag von mindestens 100 Proz. auf die im Buchdruckpreistarife festgesetzten Preise berechtigt und erforderlich sei, und daß die Papierpreise eine bis zu 500 Proz. und mehr betragende Steigerung erfahren haben. Als eine interessante Neuerung kann die Zulassung des Guttenbergbundes angesprochen werden; dieser Organisation wurde Sitz und Stimme im Tarifausschuß eingeräumt mit der Einschränkung, daß die Genehmigung als Ausnahmezustand bis zur nächsten Tarifrevision zu gelten habe, weil ein endgültiger Beschluß eine Aenderung des Tarifs zur Folge haben müßte.

Der Gemeindearbeiterverband zählte am 1. Oktober 30 149 Mitglieder gegen 54 522 beim Kriegsausbruch. Im September ist ein Zuwachs von 984 Mitgliedern eingetreten. Für Unterstützungen wurden im Berichtsmonat 20 952 Mk. verausgabt.

Ausschuß und Vorstand des Papiererverbandes haben beschlossen, den Frauen der eingezogenen Mitglieder eine Weihnachtsunterstützung von 3 bis 6 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft, aus der Hauptkasse zu zahlen. Außerdem werden die Mitglieder aufgefordert, durch freiwillige Sammlungen und durch Bewilligung von Mitteln aus den Lokalkassen einen Zuschlag zu ermöglichen.

Eine erste Konferenz der im Textilarbeiterverband organisierten Papierbandwirker fand am 21. Oktober in Eslerfeld statt. Die Papierbandwebereien machen jetzt eine Periode der Hochkonjunktur durch. Nach den neuen Produkten ist eine große Nachfrage. Der Wirtschaftszweig ist ungeheuer ausdehnungsfähig, und noch läßt sich nicht abschätzen, was wir alles jetzt und für die Zeit nach dem Kriege aus Papier hergestellt erhalten. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die davon betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen zeigen dagegen ein Bild vollkommenster Regellosigkeit. Die Verdienste sind sehr schwankend und in den verschiedenen Betrieben ungleich; es besteht deshalb die Gefahr, daß bei einem später einsetzenden Preislampf, den nach einem Niedergehen der jetzigen Hochkonjunktur die Firmen untereinander auszukämpfen haben, die Arbeiter benachteiligt werden. Der Betrieb, der die niedrigsten Löhne zahlt, wird dann der Normalbetrieb. Eine erfolgreiche Gegenmaßnahme ist deshalb nur durch die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages durchzuführen. Diesem Zwecke diene die Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes, an der die Vertreter sämtlicher Fabrikbetriebe der Papierbandindustrie aus ganz Deutschland teilnahmen. Die Konferenz beschloß einstimmig, im Rahmen des Textilarbeiterverbandes einen einheitlichen Tarif über die Dauer des Krieges hinaus mit den Unternehmern abzuschließen.

Ueber das Ergebnis des Würzburger Parteitages äußern sich die Gewerkschaftsblätter in allgemeinen zustimmend. „Der Zimmerner“ z. B. schreibt u. a.:

„Manche Vorwürfe, die bisher gegen die Partei erhoben worden sind, können ohnehin nach Würzburg nicht aufrechterhalten werden. Wer auch jetzt noch von „Regierungssozialisten“ in dem Sinne spricht, als ob die Partei ihre volle Selbständigkeit aufgegeben habe, um der Regierung Gefallen zu erweisen oder um sich zu einem Scheineinfluß hinaufzuschmeicheln, dem wird man erwidern können, daß er nicht imstande ist, sachlich zu urteilen, oder daß er darauf verzichtet, ernst genommen zu werden. — Was über die nächsten Aufgaben der Partei in den ausführlichen Teilreferaten niedergelegt und in den Reden ausgeführt wurde, namentlich in der Rede Scheidemanns, das atmet in jedem Satze, in jedem Worte, in jedem Gedanken so wohlthuende Selbständigkeit, so kräftigen Trost und unbeugbaren Willen, daß nur Verständnislosigkeit oder übler Wille eine falsche Auslegung fertig bringt. Man kann in diesem und jenem Stücke anderer Meinung sein, die eine oder andere Auffassung für zu optimistisch halten, von dem und jenem wünschen, daß es noch mehr in den Vordergrund geschoben worden wäre, doch das sind persönliche Anschauungen, die in allen wichtigen Fragen jederzeit zutage getreten sind.“

Von 18 414 Mitgliedern des Zimmererverbandes waren am 13. Oktober 0,15 Proz. arbeitslos, 1,87 Proz. krank und 97,98 Proz. standen in Arbeit.

Mitteilungen.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 45 des „Corr.-Bl.“ wird die Statistische Beilage über die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1916 beigelegt. Die Nummer erscheint im Umfange von 32 Seiten.
Die Generalkommission.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Als Mitglieder haben sich gemeldet:

Dresden: Wirth, Robert, Gewerkschafts-angestellter.
Duisburg: Appel, Karl, Kontorangestellter.
Heilbronn: Loeper, Fritz, Gewerkschafts-angestellter.
Hof: Schiller, Wolfgang, Geschäftsführer.
Schöller, Karl, Arbeitersekretär.
Leipzig: Hallupp, Emil, Geschäftsführer.
Pape, Fr. W. R., Richterstatler.
Spremberg: Diegel, Otto, Gewerkschaftsan-gestellter.

Literarisches.

Neuerschienene Bücher und Schriften.

Statistische Literatur.

Beiträge zur Wohnungsfrage während des Krieges. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, Abt. für Arbeiterstatistik. 1,80 Mk. Carl Heymanns Verlag, Berlin.
Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter, mit besonderer Berücksichtigung der Kriegswirkungen. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, Abt. für Arbeiterstatistik. 2 Mk. Carl Heymanns Verlag.
Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien in den Jahren 1912—1914. Wien, Alfred Hölder.

Naturwissenschaftliche Literatur.

D. Hauser. Der Mensch vor 100 000 Jahren. 142 S. Mit 95 Abbildungen und 3 Karten. Geh. 3 Mk., geb. 4 Mk. F. A. Brockhaus, Leipzig.

hinaus ist jedoch die Lösung der Krisis abermals ins Stocken geraten. Reaktionen Einflüsse, die einen Keil zwischen die Mehrheitsparteien zu treiben versuchten, haben den Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Helfferich zu hintertreiben und die Berufung eines fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten in die Reichsregierung zu verhindern gewußt. Damit fiel auch der Eintritt eines Nationalliberalen in das preussische Staatsministerium in sich zusammen. Würde es sich dabei nur um Personenfragen handeln, so wäre darüber hinwegzukommen. Aber bereits ist das Prestige des Reichstags davon berührt, denn die Abwehr eines fortschrittlichen Vizepräsidenten bedeutet nichts anderes als den Kampf gegen die Reichstagsmehrheit. Es muß als ausgeschlossen gelten, daß diese den ihr hingeworfenen Fehdehandschuh stillschweigend liegen lassen und vor der eigenen Kühnheit ihrer Ansprüche erschreckend, sich in die alte Bedeutungslosigkeit des Reichstags vor 1914 zurückflüchten könnte. Sie muß vielmehr standhaft fortschreitend auf der Linie der von ihr eingeschlagenen Politik zu tatkräftigem Handeln übergehen und dem neuen Kanzler, dem es an dem nötigen Willen oder an der erforderlichen Kraft gebricht, die Wünsche des Reichstags gegenüber der allen möglichen unkontrollierbaren Einflüssen unterworfenen Krone zur Geltung zu bringen, ihr Vertrauen versagen. Das würde ein Kanzler mehr ohne tatsächliche Regierung bedeuten, ein etwas verlängertes Durchgangsstadium zum wirklichen Parlamentarismus. Die Voraussetzung dafür aber ist, daß die Reichstagsmehrheit auch im weiteren Verlauf der Krisis geschlossen und einig bleibt und bereit ist, eine jede Partei, auch für ihren Teil, die volle Verantwortung für die kommende Lösung zu übernehmen. Die bescheidene Zurückhaltung der Sozialdemokratie, ihr Zurücktreten hinter die Fortschrittler, hat das Ansehen der letzteren nicht gehoben, wohl aber das der Reichstagsmehrheit beeinträchtigt und die Hoffnung genährt, daß es gelingen könnte, diesen demokratischen Block zu sprengen. Zu keiner Zeit war die Selbstisolierung der Sozialdemokratie übler angebracht wie im gegenwärtigen Kampf zwischen Parlamentsmehrheit und Parlamentsfeinden. Wenn jede Partei sich den Luxus des Außenfeiertums und das Recht der freien Kritik gestatten wollte, dann wäre überhaupt keine Lösung der Krisis im Sinne der Reichstagsmehrheit denkbar.

Weiterhin hat sich aus dem Verlauf der Krisis gezeigt, daß es zu nichts Gutem führt, wenn man allzu diplomatisch vorgeht. In großen historischen Augenblicken muß man auch den Mut des konsequenten Handelns aufbringen und darf nicht wägen, beinahe unbemerkt aus dem Obrigkeitstaat in den Volksstaat hinüberzuleiten. Man muß den Tatsachen schon ins Weisse des Auges schauen und die Dinge beim rechten Namen nennen. Will man das parlamentarische Regime durchsetzen, so soll man das auch offen der Krone gegenüber geltend machen und von den Rechten des Parlaments denjenigen Gebrauch machen, der geeignet ist, das erstrebte Ziel zu verwirklichen. Dahin wird es nun sowieso kommen müssen, denn wenn nicht alles trügt, so ist das diplomatische Zwischenspiel des Mächtegern-Parlamentarismus ausgepielt und die harten Tatsachen des parlamentarischen Könnens haben zu entscheiden. In dieser neuen Situation müssen wir erwarten, daß die Reichstagsmehrheit voll begriffen hat, worum es sich handelt und daß sie ihr Tun danach einrichtet.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Geschäftverteilung zwischen Reichsamt des Innern und Reichswirtschaftsamt

Ist nunmehr erfolgt. Zum Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern gehören: 1. Centraldirektion der Monumenta Germaniae historica; 2. Reichskommissare für das Auswanderungswesen; 3. Reichsschulkommission; 4. Bundesamt für das Heimatwesen; 5. Entscheidende Disziplinarbehörden; 6. Gesundheitsamt; 7. Reichskommissar für die Typhusbekämpfung im Südwesten des Reichs; 8. Physikalisch-Technische Reichsanstalt; 9. die Zivilverwaltungen bei den Generalgouvernements in Brüssel und Warschau; 10. die Reichsenischädigungskommission; 11. der Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland; 12. der Reichsausschuß und die Reichskommissariate für die Feststellung der Kriegsschäden im Reichsgebiete.

Zum Reichswirtschaftsamt gehören: 1. Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt; 2. Vörsenausschuß; 3. Berufungskammer in Vörsen-Ehrenrechtsfachen; 4. Berufungskommission für das Ordnungsstrafverfahren wegen verbotenen Terminhandels; 5. Verteilungsstelle für die Kaliindustrie; 6. Berufungskommission für die Kaliindustrie; 7. Technische Kommission für Seeschifffahrt; 8. Reichsprüfungsinspektoren; 9. Schiffsvermessungsamt; 10. Behörden für die Untersuchung von Seecunfällen; 11. Statistisches Amt; 12. Normaleichungskommission; 13. Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft; 14. Reichsversicherungsamt; 15. Kanalamt; 16. Aufsichtsamt für Privatversicherung; 17. Reichsversicherungsanstalt für Angestellte; 18. Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft; 19. Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung; 20. der Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte sowie die Centralstellen für Kriegswirtschaft und die Kriegsgesellschaften, soweit sie nicht dem Kriegsministerium oder dem Kriegsernährungsamt unterstellt sind.

Zum Geschäftsbereich des Reichsjustizamts gehören künftighin: die Angelegenheiten des geistigen Eigentums und des gewerblichen Rechtsschutzes sowie demzufolge als nachgeordnete Behörde das Patentamt und der Reichskommissar für gewerbliche Schutzrechte.

Das Preussische Abgeordnetenhaus zur Regelung des Arbeitsnachweises.

Die Handels- und Gewerbekommission des Preussischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, die Eingabe der Gewerkschaftsverbände und des Bureaus für Sozialpolitik betreffend gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises der Kgl. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Im Alter von 80 Jahren ist Johann Köster, ein Veteran der deutschen Bauarbeiterbewegung, in Hamburg gestorben. Schon in jungen Jahren betätigte sich Köster im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, nahm dann an der Entstehung der gewerkschaftlichen Organisation der Maurer lebhaften Anteil, und als nach dem Sozialistengesetz der Centralverband der Maurer 1892 gegründet wurde, übernahm er die Führung der Hauptkasse, welches Amt er 18 Jahre lang bis zur Verschmelzung mit

deutsamen Hinweis eingeleitet, daß die unabhängige Sozialdemokratie jenseits der Linie der Parteien und Richtungen stehe, die den Bestand des Deutschen Reiches nicht gefährden.

Die Anklagen Michaelis und Capelles erwiesen sich aus der nachfolgenden Aussprache als unhaltbar. Den Fraktionsleitungen waren jene Vorgänge in der Marine nicht unbekannt; sie waren sogar bereits Gegenstand von Erörterungen mit dem Reichsanwalt gewesen; es ergab sich indes aus diesen Erörterungen, daß irgendein Beweis von strafbaren Handlungen gegen die beschuldigten Abgeordneten nicht zu erbringen war. So wurde aus der Kanzlei gegen die Unabhängigen, die sich sachlich eigentlich gegen die Reichstagsmehrheit richten sollte, eine schmähliche Chamade. Um den Zusammenbruch des Systems Michaelis zu vervollständigen, gaben die beiden Akteure einander noch in der Öffentlichkeit preis, indem Michaelis erklärte, daß v. Capelle mehr gesagt habe als er hätte sagen sollen, während der letztere behauptete, er habe nichts gesagt, was nicht vorher mit dem Kanzler vereinbart worden war. Der Reichstag lehnte zwar den Mißbilligungsantrag der Unabhängigen ab, aber die sozialdemokratische Fraktion stimmte für diesen Antrag.

Mit dieser Entscheidung war die Kanzlerkrisis aber nicht beendet, sondern nur aufgeschoben. Die Vertreter der Mehrheitsparteien haben, wie Conrad Kaufmann im „Berliner Tageblatt“ schreibt, „dem Kanzler Michaelis nicht in der schroffen Form des Mißtrauensvotums, sondern in der urbanen Form der lokalen Aussprache erklärt, daß ein Wechsel in der Leitung der Reichsgeschäfte nach ihrer Ueberzeugung dienlich wäre, und sie haben, als der Kanzler glaubte, noch „Herr der Lage zu sein“, jene Ueberzeugung dem Zivilkabinett des Kaisers nicht verdrängen lassen. Sie haben streng innerhalb ihrer Befugnisse und unter strenger Beobachtung der kaiserlichen Rechte „für den Fall eines Kanzlerwechsels“ die „Bitte“ ausgesprochen, vor der vom Monarchen zu treffenden Entscheidung die zur Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen, sich mit dem Reichstag zu besprechen“.

Aus dem diplomatischen Reichstagsstil in einfaches Deutsch übertragen, heißt das, daß die Mehrheitsparteien Männer ihres Vertrauens durch die Krone berufen zu sehen wünschten. Daß dies auf solch diplomatischem Wege, unter Verzicht auf Rechtsnormen geschah, beweist, wie wenig der Reichstag geneigt war, die Herrschaft des Parlaments zu etablieren. Wenn der Schritt der Reichstagsmehrheit von den Konservativen und Alldeutschen in diesem Sinne gedeutet und angefeindet wurde, so erklärt sich dies daraus, daß diese Kreise seither gewohnt waren, einzig ihre Vertrauensmänner in die Regierung berufen zu sehen und daher ein Vorrrecht für sich und eine Nichtberücksichtigung aller übrigen Parteien ableiten zu dürfen. Diese einseitige Staatsauffassung ist aber im gegenwärtigen Kriege mit dem Existenzinteresse des ganzen Volkes wie auch des Reiches in unlöslichen Widerspruch geraten und läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Ebensowenig wie sich ein bloßes Beamtenregiment heute noch das Vertrauen des ganzen Volkes erringen kann. Auf das Vertrauen kommt es jetzt aber in erster Linie an und eine Vertrauenslösung sollte es sein, die die Reichstagsmehrheit gegenwärtig in der Kanzlerkrisis herbeiführen wollte. Die Rechtsfrage scheidet vorläufig dabei noch völlig aus.

Die Wahl der Krone hat den Zentrumsführer Graf v. Hertling zum Reichskanzler ausersehen. Hertling gehörte weder dem Reichstage an, noch erfreute er sich bei allen Mehrheitsparteien einer besonderen Beliebtheit. Er ist auch kein Anhänger des parlamentarischen Systems, gegen das er sich wiederholt in der Öffentlichkeit ausgesprochen hat. Er zeigte sich indes darin als erfahrener und verständnisvoller Politiker, daß er sich vor Annahme des Kanzlerpostens mit den Führern der Reichstagsparteien verständigte. Die Verständigung bezog sich auf persönliche und sachliche Dinge. Persönlich handelte es sich um die Stellung Hertlings zu verschiedenen politischen Fragen und um die notwendigen Wechsel in den übrigen Reichsämtern und im preußischen Ministerium, sachlich um Reformen, für deren Durchführung sich der neue Kanzler verbürgen sollte. Daß außer Michaelis auch Helfferich zurücktreten müsse, darin waren sich alle Mehrheitsparteien einig. Die gleiche Unbeliebtheit hat sich der vor drei Monaten neuernannte Staatssekretär für das Reichsernährungsamt Herr v. Waldow zu erringen gewußt, der sich im preußischen Staatsministerium als ein Gegner der Wahlrechtsreform zu erkennen gab. Obwohl er gerade genug zu tun hätte, auf seinem Gebiete für Ordnung zu sorgen. Weiterhin wurde die Berufung eines Fortschrittlers in die Reichsregierung als Stellvertreter des Kanzlers und eines Nationalliberalen in das preußische Ministerium als Stellvertreter des Ministerpräsidenten gewünscht. Daß der Reichskanzler auch zugleich preußischer Ministerpräsident werden müsse, wurde im Interesse der Durchführung der Wahlrechtsreform für erforderlich gehalten. Die Sozialdemokratie beanspruchte keine Anteilnahme an der Regierung und behielt sich ihre Stellungnahme und das Recht der Kritik frei. In sachlicher Beziehung wurde das Programm der Reichstagsmehrheit in der Friedensfrage sowie in innerpolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert.

Die wiederholten Verhandlungen führten nicht in allen Punkten zu einem Einverständnis, aber in den wichtigsten Fragen wurde doch zunächst eine Verständigung erzielt. Graf v. Hertling erklärte sich bereit, neben dem Kanzlerposten auch das Präsidium des preußischen Staatsministeriums zu übernehmen und Männer der Mehrheitsparteien als Mitarbeiter in Reich und Preußen in Vorschlag zu bringen. Die auswärtige Politik wollte er im Geiste der Antwortnote an den Papst führen, die sich ausdrücklich auf den Reichstagsbeschluß vom 19. Juli d. J. für einen Frieden der Verständigung und Versöhnung, der Schiedsgerichte und der Abrüstung beruht. Die preußische Wahlrechtsreform wollte er rasch und loyal im Sinne der kaiserlichen Osterbotschaft durchführen. Die politische Zensur sollte abgeschafft, die Befugnisse der militärischen Kommandobehörden gegenüber der politischen Leitung der Reichsgeschäfte sollten schärfer abgegrenzt werden. In der Sozialpolitik hat er die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und die Schaffung eines Arbeitskammergesetzes zugesagt. In diesem Programm, schrieb der „Vorwärts“, fehlt manches, was die Sozialdemokratie will, aber es ist nichts darin enthalten, was sie nicht auch will. Alles werde darauf ankommen, in welchem Geiste und mit welchem Eifer es zur Ausführung komme.

Unterdes ist der Rücktritt Dr. Michaelis erfolgt und Graf v. Hertling als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident berufen worden. Darüber

dem Hilfsarbeiterverband als erster Kassierer verwaltete. Seitdem hat er, soweit seine Kräfte ausreichten, dem Verbands seine Dienste geleistet, ein Vorbild gewerkschaftlicher Treue und Arbeitsfreude. Ein ehrendes Andenken ist ihm gesichert.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands kann auch für das dritte Vierteljahr 1917 über eine günstige Entwicklung berichten. Es waren 23 497 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Am 30. September d. J. betrug die Mitgliederzahl 96 080. Die ersten neun Monate dieses Jahres brachten dem Verbands 11 999 Neuaufnahmen. Die Mitgliederzahl selbst hat sich seit Beginn dieses Jahres um 42 685 vermehrt. Da der Verband vor Beginn des Krieges über 101 956 Mitglieder verfügte und die günstige Fortentwicklung auch im laufenden Vierteljahr anhält, so dürfte der Friedensstand jetzt schon erreicht sein.

Der Vorstand des Buchbinderverbandes hat beschlossen, den eingezogenen Mitgliedern bzw. ihren Familien eine Weihnachtsunterstützung von 5 Mk. zu zahlen. Den Gau- und Ortsverwaltungen wird empfohlen, diese Unterstützung durch örtliche Zuschüsse zu erhöhen.

Der Buchdruckerverband zahlte im zweiten Quartal für Unterstützungen usw. 463 379 Mark. Das Verbandsvermögen (der Hauptkasse) betrug am 1. Oktober 11 990 306 Mk.

Die im Handlungsgehilfenverband organisierten Lagerhalter hielten am 8. und 9. Oktober in Würzburg eine Konferenz ab, die sich mit den Gehalts- und Arbeitsbedingungen der Filialleiter in den Genossenschaften beschäftigte. Das Referat hatte Genosse Döbnel übernommen, der eine eingehende Darstellung der Arbeitsverhältnisse der Berufskollegen gab. Gegen 3 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der festgestellt wird, daß die schon vor dem Kriege zu niedrige Bezahlung der Lagerhalter während des Krieges durch die Lebensmittelteuerung noch unzulänglicher geworden ist. Die nur teilweise gewährleisteten Teuerungszulagen seien nicht ausreichend. Die Tarifverträge sollen deshalb gekündigt und eine Erhöhung der Grundgehälter erstrebt werden. Daneben werden den örtlichen Verhältnissen entsprechende Teuerungszulagen gefordert. Ferner wurde beschlossen, eine Statistik über die Gehalts- und Teuerungszulagen bei den Konsumvereinen aufzunehmen. Die weiteren Verhandlungen beschäftigen sich vorwiegend mit inneren häuslichen Angelegenheiten. Insbesondere wurden dem stellvertretenden Redakteur des „Filialleiters“ (gleichzeitiger Redakteur der „Handlungsgehilfen-Zeitung“) ernste Klagen über den unzulänglichen Inhalt des Lagerhalterblattes unter seiner Leitung zum Ausdruck gebracht. Dieser versuchte, die Schuld auf den Vorstand zu schieben, der ihn zu beeinflussen suchte, was aber entschieden zurückgewiesen wurde. Döbnel, der verdienstvolle Führer der Lagerhalter, der wegen militärischer Einberufung zwei Jahre lang den Verbandsgeschäften entzogen war, stellte fest, daß er, mit dessen einstiger Redaktionsführung die Kollegen einverstanden waren, nicht nur seine persönliche Meinung als maßgebend erachtet, sondern immer mit den Vorstandsmitgliedern Rücksprache genommen, mit ihnen verfängliche Fragen erörtert und kritisiert und sich in solchen Fällen ihrer Zustimmung gesichert habe. Das habe er nie als Beeinflussung betrachtet, sondern als Anregung. Zu dem vorliegenden, folgendermaßen lautenden Antrag:

„Jede Beeinflussung des Redakteurs durch Vorstand und Ausschuss des Centralverbandes der Handlungsgehilfen ist zu unterlassen, der allein nur zu entscheiden hat, welche Artikel aufnahmeberechtigt sind und welche nicht. Dem Vorstande oder einzelnen Mitgliedern desselben soll es unbenommen bleiben, gegen Artikel oder Zuschriften, die ihren Ansichten nicht entsprechen, im „Filialleiter“ oder in der „Handlungsgehilfenzeitung“ zu polemisieren, jedoch nur in dem Rahmen, der jedem anderen Mitgliede unseres Verbandes auch zusteht“.

erklärte Döbnel: „Ehrenvoll ist die Annahme des Antrages nicht für den, den er betrifft.“ Gleichwohl wurde der Antrag mit 29 gegen 16 Stimmen angenommen.

Döbnel hat mit seiner Bemerkung gegen diesen in der Gewerkschaftsbewegung einzigstehenden Antrag sicher recht. Aber eine Rücksichtnahme auf das Ehrgefühl des derzeitigen Redakteurs des „Filialleiter“ laa, wie die Annahme des Antrages beweist, wohl kaum in der Absicht der Konferenz.

Der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Genosse Karl Hübsch, konnte am 7. November sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsvorsitzender feiern. Als Hübsch seine Tätigkeit damals begann, waren im ganzen Reich 10 000 Mitglieder vorhanden. Zehn Jahre später waren es rund 38 000 und weitere zehn Jahre später, im Jahre 1912, rund 140 000 Mitglieder. 1892 befah die Organisation ein „Vermögen“ von 1466 Mk., etwa soviel, wie heute eine gutgeleitete kleinere Ortsverwaltung an Vermögen aufweisen kann. Karl Hübsch mußte daher auch dieser geringen finanziellen Mittel wegen jahrelang seine Kraft für die Ausbreitung der Organisation nur im Nebenamt einsetzen. Die Arbeit in der Wirkerei mußte den Unterhalt für die Familie liefern und die Tätigkeit für die Organisation mußte in der Hauptsache beschränkt werden auf die Abende und die Sonn- und Feiertage. In jenen ersten Tätigkeitsjahren hat Karl Hübsch nicht viel Sonntage für seine Familie gehabt. Sonntag für Sonntag galt es hineinzufahren ins Land, um den Samen der Organisation auszustreuen oder Pflgearbeit an der Organisation zu verrichten. Und des Wochentags, wenn die Fabrikarbeit zu Ende war, mußte die Korrespondenz erledigt und die Expedition der Verwaltungsgegenstände besorgt werden. Erst der Geraer Verbandstag von 1898 ging dazu über, Karl Hübsch als Vorsitzenden fest anzustellen.

Das Verbandsorgan widmet dem verdienten Genossen einen längeren Aufsatz, dem wir folgende Zeilen entnehmen:

„Wenn es eine ganz besonders heikle Angelegenheit zu regeln galt, so wurde sie Karl Hübsch zur Regelung übertragen. Und so haben wir ihn Tausende Male hinausziehen sehen, mit einer Aufgabe betraut, von der jeder wußte, daß es äußerst schwer sein werde, sie zu erfüllen. Es sei heute, wo es sich geziemt, einen Rückblick zu werfen auf vergangene Zeiten, ganz besonders dankbar gerade dieser, große Besonnenheit erfordernden Tätigkeit unseres sehr geschätzten Kameraden gedacht. Wir verbinden sicher den Wunsch aller Verbandsmitglieder, die Karl Hübsch persönlich kennen, mit dem untrigen, wenn wir aussprechen, daß es unserem im Kampf und Drang ergrauten Führer mit seinem erfreulicherweise noch immer jugendfrischen Gesicht und frohen Gemüt noch recht lange vergönnt sein möge, an der Stelle zu stehen, an die man ihn am 7. November 1892 rief.“

Hübsch gehört seit Jahren auch der Generalkommission an, die ihrem verdienten Mitgliede zu seinem Ehrentage die herzlichsten Wünsche übermittelte.

Arbeiterversicherung.

Der Krebsgang der Unfallverhütung.

Die Notwendigkeit einer verbesserten Unfallverhütung ist in letzter Zeit oft erörtert worden. Das Reichsversicherungsamt selbst hat das Wort geprägt von dem Arbeiter als „der lebendigen Wertquelle“, deren Schutz gesteigert werden müsse. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Nehmen wir die Geschäftsberichte der Berufsgenossenschaften, denen in der Hauptsache die Unfallverhütung übertragen ist, über das Jahr 1916 zur Hand, so ist mit Bedauern wieder eine erhebliche Einschränkung dieses Schutzes festzustellen.

Von den zehn technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft standen vier ununterbrochen im Felde. Von den verbliebenen sechs waren einige vorübergehend eingezogen. Die festgestellten Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften seien in unverminderter Zahl dieselben geblieben. Ein Rückschlag werde bei der unvermeidlichen Verwendung zahlreicher ungeübter Arbeiter bei deren Unerfahrenheit und Unachtsamkeit nicht zu erwarten sein. Bei der Detailhandels-Berufsgenossenschaft ruhte der Ueberwachungsdiensjt überhaupt, weil für den bereits 1915 gefallenen Aufsichtsbeamten ein Ersatz nicht zu erlangen war. In Ermangelung dieses Beamten war auch eine durchgehende Bearbeitung der Unfallanzeigen auf Verstöße gegen Unfallverhütungsvorschriften in dem sonst wünschenswerten Maße nicht möglich. Von den vier technischen Aufsichtsbeamten der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft stehen drei im Felde. Der Bericht hebt hervor, daß es immer noch zahlreich notwendig sei, Bestrafungen von Unternehmern wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften vorzunehmen. Die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft teilt mit, daß es trotz größter Anstrengung nicht zugänglich war, die Aufsichtsbeamten für die ihnen zugewiesenen Aufgaben frei zu machen. Von den 3154 versicherten Betrieben wurden 3374, mithin 10,70 vom Hundert, gegen 13,01 im Vorjahr, einer Prüfung unterzogen. Bei der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik wurden im Jahre 1916 von 9116 Betrieben nur 2350 einer Besichtigung unterzogen. Die Glas-Berufsgenossenschaft teilt lakonisch mit: „Im Laufe des Kriegsjahres 1916 sind Betriebsbesichtigungen nicht vorgenommen worden.“ Die Rheinisch-Westfälische Textil-Berufsgenossenschaft sagt, daß der Mangel an Aufsichtspersonal im Jahre 1916 noch mehr daran schuld war, daß die Arbeiter aus Nachlässigkeit vorhandene Schutzvorrichtungen nicht mehr ordnungsmäßig anbrachten oder entfernten. Die Ziegelei-Berufsgenossenschaft sagt, daß infolge zahlreicher Einberufungen der sachkundigen Unternehmer, langjähriger Betriebsbeamten, erfahrener Meister und tüchtiger Arbeiter, ebenso durch den Mangel an Handwerkern und an Material aller Art, der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften vielerlei Schwierigkeiten erwachsen. Bei 738 revidierten Betrieben wurden 2081 Bemängelungen festgestellt. Bei der Lagerei-Berufsgenossenschaft ging die Zahl der Betriebsrevisionen von 6513 im Jahre 1915 auf 5809 im Jahre 1916 zurück. Unter „dem Zwange der Zeitereignisse habe leider eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Forderungen des Unfallschutzes Platz gegriffen“. Die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, bei der die Zahl der revidierten

Betriebe ebenfalls stark zurückging, schreibt, daß sich die Unternehmer häufig wunderten, daß sie auch während des Krieges durch Anordnungen der technischen Aufsichtsbeamten „belästigt“ wurden. Die Erfahrung habe aber gelehrt, daß gerade jetzt die Beaufsichtigung unbedingt erforderlich sei. Die Appschachts-Berufsgenossenschaft berichtet über das Grubenrettungsweesen nichts Günstiges. Im Bezirk Halle a. S. hatten von 481 Betrieben 168 überhaupt keine Rettungseinrichtungen. Im Bezirk Beuthen fanden Übungskurse im Grubenrettungsweesen überhaupt nicht statt, weil die noch vorhandene nicht zum Heeresdienst eingezogene Belegschaft auf den Gruben dringend zur Kohlegewinnung gebraucht wurde. Im Bezirk Zwickau konnte die Unfallhilfsstelle ihre Tätigkeit nur in ganz beschränktem Umfange fortsetzen, weil ein Leiter nicht zu erlangen gewesen sei. Die Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft bedauert das Fehlen einer genügenden Anzahl von Betriebsleitern und Meistern, die die Arbeiterschaft hätten anleiten und beaufsichtigen können. Bei 1109 Betriebsrevisionen wurden in 416 Betrieben 930 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Der Bericht klagt darüber, daß die alte Gleichgültigkeit der Arbeiter diesen Vorschriften gegenüber fortbestanden habe. Die Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft sagt, daß die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf immer größere Schwierigkeiten stoße. Die Zahl der Betriebsbesichtigungen ging von 1006 im Jahre 1915 auf 360 im Jahre 1916 zurück. Die Beschaffung und Anbringung selbst der allereinfachsten Schutzvorrichtungen und die Beobachtung einiger während der Kriegszeit besonders schwer durchzuführender Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften sei nur „mit Mühe und Not möglich“ gewesen. Bei der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft stehen von vier Aufsichtsbeamten zwei im Heeresdienst. Die Zahl der Betriebsbesichtigungen verminderte sich wieder. In den 490 revidierten Betrieben mußten 5158 Anordnungen zur Abstellung von 9755 Mängeln getroffen werden. Ein Aufsichtsbeamter der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft (bei der die Zahl der Verletzten von 76,32 auf 82,91 pro 1000 Versicherte stieg) berichtet, daß immer noch zahlreiche Betriebe angetroffen würden, die der Unfallverhütung nicht die nötige Aufmerksamkeit zuwendeten. Ein anderer Beamter (aus Leipzig) sagt: „Klagen von Seiten der Versicherten über ungenügende Schutzvorrichtungen wurden mir auch im Berichtsjahr nicht vorgebracht.“ Die Magdeburger Baugewerks-Berufsgenossenschaft berichtet von „Mißständen“, die sich jetzt bemerkbar machten. Bei der Sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft verjahren von zwölf ständigen Aufsichtsbeamten nur sechs ihren Dienst. Die Zahl der Betriebsrevisoren ist erheblich zurückgegangen. Der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie schreibt, „daß nicht überall dieselbe Ordnung und Vorjorge getroffen wird wie in Friedenszeiten“. Von 8578 versicherten Betrieben wurden 528 besichtigt, in denen 602 Verstöße festgestellt wurden. Die Buchdrucker-Berufsgenossenschaft teilt mit, daß ein planmäßiger Aufsichtsdienst unmöglich geworden sei und großen Schwierigkeiten begegnen würde. Die Genossenschaft sei daher zu der Entschliebung gekommen, den regelmäßigen Aufsichtsdienst überhaupt einzustellen und nur noch außergewöhnliche Besichtigungen vorzunehmen. Die Steindruck-Berufsgenossenschaft berichtet von

Danach referierte Redakteur Becker-Berlin über die Kohlen- und Lebensmittelversorgung im vierten Kriegswinter, wobei er folgende Leitsätze vertrat:

1. Kraftvolle Weiterführung unserer öffentlichen Lebensmittelversorgung.
2. Strengste Erfassung und Sicherung der Erntevorräte, Gesamthaltung der Gemeinden für vorschrittswidrige Verwendung von Lebensmitteln durch den einzelnen Erzeuger, weitgehendste Aufklärung auf dem Lande über Sinn und Zweck der Ernährungsvorschriften.
3. Zweckmäßige Anpassung unserer Viehbestände an die vorhandenen Nahrungsmittel unter Schonung der Zucht, Arbeits- und Milchtiere.
4. Vorzugsweise Verwendung von Kartoffeln und Fleisch in der Herbst- und Frühwinterzeit zur Auffüllung der Mehlvorräte und Suppenartikel für die späteren Ernährungsmonate.
5. Möglichste Verhinderung jeder weiteren Verteuerung der Lebensmittel, Uebernahme jeglicher Sonderprämien auf das Reich, Vorzugslieferungspreise für Kinderbewilligte und Berücksichtigung der Kinderzahl.
6. Schärfster Kampf gegen den Kriegswucher und den Schleichhandel, Einziehung der Wucherergewinne und Beschlagnahme des Vermögens der wegen Kriegswuchers Verurteilten.
7. Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der nächstjährigen landwirtschaftlichen Produktion.

In der Debatte behandelte der Unterstaatssekretär des Kriegsernährungsamtes, Herr Edler von Braun, die geplante Winterversorgung.

Er erklärt, daß wir leider in diesem Winter mit einer geringeren Fleischlieferung werden rechnen müssen, daher seien Brot und Kartoffeln die Ecksteine unserer Ernährung. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die jetzige Brotration während des ganzen Wirtschaftsjahres werde durchgehalten werden müssen. Die bisherigen Ernteergebnisse geben dafür begründete Hoffnung. Die Vorkürze wegen der Frühbruschprämie sind unberechtigt. Zur vollen Veruhigung könne er sagen, daß der volle Winterbedarf an Getreide bereits in der Hand der Reichsgetreidestelle sei, und daß daher alle Gefahr der Verfütterung und des Verderbens beseitigt sei. Die Kartoffelernte sei eine gute gewesen, aber er warne vor einer Ueberschätzung infolge von Einzelergebnissen. Man habe mit durchschnittlich 65 Zentnern Kartoffeln pro Morgen gerechnet, das macht etwa 30 Millionen Tonnen. Es scheint sich aber das Ergebnis auf 70 bis 75 Millionen Tonnen zu erhöhen und damit das Gesamtergebnis um 4 bis 4½ Millionen Tonnen höher zu sein. Endgiltige Zahlen sind nicht vor dem 5. November möglich. Bis dahin kann der von verschiedenen Rednern erhobenen Forderung der Erhöhung der Kartoffelration auf zehn Pfund nicht entsprochen werden. Von den Schwierigkeiten der Kartoffelverladung macht man sich kein Bild. Täglich werden 25 000 Waggons angefordert, gestellt können nur täglich 700 bis 800 werden. Wir müssen aber zunächst sorgen, daß der Winterbedarf der Städte vor Eintritt des Frostes gedeckt wird, damit der Bevölkerung eine Prüfung wie im vorigen Jahre erspart bleibt. Daher ist es auch aus diesem Grunde nicht durchführbar, schon jetzt zehn Pfund zu geben. Unwirtschaftliche Transporte können nur vereinzelt zufolge von Mißgriffen untergeordneter Organe vorkommen. Dann müssen auch die nötigen Mittel zur Brotstreckung für das ganze Jahr sichergestellt werden. Die Oelfrüchtereite in Rumänien wird uns eine erhöhte Margarinelieferung ermöglichen. Das Kriegsernährungsamt gibt sich alle Mühe, die Auswüchse des Wuchers und Schleichhandels zu bekämpfen. Aber selbst Strafen helfen nichts. Wenn der Hunger oder noch mehr die Angst vor dem Hunger die Menschen beherrscht, treten alle Rücksichten, auch die Angst vor Strafen zurück. Wir wollen aber in dem Kampf nicht nachlassen.

Die Leitsätze des Referenten wurden angenommen.

Am dritten Tage folgte ein Vortrag von Wic'er-Quisburg über den Stand der Lohn- und Gehaltsfragen im Kriege. Der Redner erörterte das Sinken des Geldwertes und die Steigerung der Lebensmittelpreise, mit denen die Löhne nicht Schritt gehalten hätten. Den von einer kleinen Arbeiterjoch erzielten hohen Löhnen in der Rüstungsindustrie ständen kolossale Unternehmergewinne gegenüber. Ein Teil der Aktien der Großindustrie befände sich in Händen ausländischer, feindsicher Kapitalisten. Die Versäunungen der Generalkommandos, die die Diskussion über Lohnfragen in Versammlungen verbieten, entrechteten also deutsche Arbeiter gegen ausländische Kapitalisten. Wollte man die Gefahr von Arbeitseinstellungen verhindern, dann müsse man die Ursachen der Arbeiterunzufriedenheit beseitigen. Der Verbandsvorsitzer Hechly-Hamburg sprach besonders über die Gehaltsverhältnisse der Angeestellten, die vielfach noch schlechter als vor dem Kriege bezahlt würden. Eine Resolution im Sinne des Referenten wurde zum Beschluß erhoben.

Im Anschluß daran machte der Vorsitzende Wallbaum-Düsseldorf dem Kongreß die Mitteilung, daß A. Stegerwald auf Lebenszeit in das preußische Herrenhaus berufen worden sei. Stegerwald erklärte, daß eine Reform des Herrenhauses bevorstehe, worin vorgesehen sei, daß eine Anzahl Arbeitervertreter dort einziehen sollte. Auch andere Bundesstaaten würden noch folgen müssen. Er werde seine Pflicht tun.

Am Schluß der Tagung sprach Graf v. Posadowsky-Wehner über: „Wohnungsfrage und Siedelungspolitik“. Der Redner hält eine gesunde Wohnungspolitik für den Aufstieg des Arbeiters unerlässlich, glaubt aber, daß nach dem Kriege ohne eine gewisse Beschränkung der Freizügigkeit nicht auszukommen sei. Es sei ihm zweifelhaft, ob nicht der Bezug zu den Städten von einer Vorprüfung abhängig gemacht werden müsse; z. B. ein Nachweis des Besitzes einer räumlich ausreichenden und hygienisch genügenden Wohnung. Mit der Wohnungsfrage hänge die Siedelungsfrage eng zusammen; sie sei eine Lebensfrage für Deutschland, und zwar nicht nur eine solche des Aufstieges, sondern auch der Ernährung. Redakteur Gaiteiger-München sprach besonders über das städtische Kleinwohnungsproblem und befürwortete nicht bloß die Hergabe öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau, sondern auch die Schaffung einer Wohn- und Elternschaftsversicherung, um das Wohnungsproblem der kinderreichen Familien zu lösen. Seinen Leitsätzen stimmte der Kongreß zu.

In seiner Schlußrede erklärte sich A. Stegerwald nochmals für ein neues, aber stark monarchisches Deutschland. Beder mit einer Schattenmonarchie, noch mit einer demokratischen Republik könnten er und seine ihm Gleichgesinnten sich befunden.

Der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur,

dem auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen ist, hielt in den letzten Tagen des September in Mannheim seine erste Jahrestagung ab. Der Verband hat in den ersten Tagen seines Bestehens mancherlei Angriffe und Anfeindungen aus Kreisen erfahren, die man nicht als Gegner einer freien künstlerischen Entwicklung bezeichnen kann. Es hatte das seine Ursache darin, daß

Einschränkungen der Unfallverhütung nach der Richtung, daß gemeinsame Betriebsbesichtigungen unterblieben usw. Bei der Binnenschiffahrt-Berufsgenossenschaft war 1916 nur ein technischer Aufsichtsbeamter tätig, der nur 68 Betriebe prüfte. Bei der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft vermehrten sich die gemeldeten Unfälle von 27,14 im Jahre 1913 auf 31,57 im Jahre 1916 pro 1000 Versicherte. An den Maschinen wurden immer mehr ungeübte Leute beschäftigt. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie sagt, es sei beargwöhnlich, daß angesichts der außergewöhnlichen Verhältnisse „die Unfallsicherheit in den Betrieben nicht mit derselben Sorgfalt und demselben Erfolg durchgeführt werden konnte wie in Friedenszeiten“. 150 Betriebsunternehmer beantragten Befreiung von den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften.

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften berichten nichts Besseres. Bei der westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wurden nach Kriegsausbruch die Betriebsrevisoren überhaupt eingestellt und erst viel später durch Veranlassung des Reichsversicherungsamtes wieder aufgenommen. Bei den Revisionen wird, „den gegenwärtigen Zeitumständen Rechnung tragend, auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Unternehmer weitgehende Rücksicht genommen“. Bei der Bosenischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ging die Zahl der besichtigten Betriebe von 9807 im Jahre 1913 auf 2910 zurück. Bei letzteren wurden nicht weniger als rund 4000 Mängel festgestellt. Es wurden oft neue Maschinen vorgefunden, die den Unfallverhütungsvorschriften nicht entsprachen. Die Deffen-Kassauische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft teilt mit, daß seit dem Jahre 1915 die Revisionen durch den technischen Aufsichtsbeamten eingestellt worden sind. Nur auf Grund der Unfalluntersuchungsverhandlungen wurden eine Anzahl Bestrafungen von Unternehmern vorgenommen.

Es soll zugegeben werden, daß auch die Unfallverhütung in der Kriegszeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Immerhin läßt sich auch hier, wo es sich um das Wohl großer Massen von Arbeitern handelt, bei einigem guten Willen vieles besser gestalten.

F. Kl.

Andere Organisationen.

Von der Kriegstagung des Deutschen Arbeiterkongresses.

Zum vierten Male trat am 28. bis 30. Oktober dieses Jahres der Deutsche Arbeiterkongreß, jene Vertretung christlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, deren wesentliches Charakteristikum vor dem Kriege der gemeinsame Gegensatz gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften bildete, zusammen. Dieses Mal handelte es sich um eine Kriegstagung und um die Erörterung sozialpolitischer Fragen, wie sie bereits zahlreiche andere Sozialorganisationen zu Konferenzen veranlaßt hat. Der erwähnte frühere Gegensatz ist natürlich völlig in den Hintergrund getreten und wird wohl auch nach dem Kriege kaum wieder Gelegenheit haben, sich so lebhaft zu betätigen, da die gemeinsamen Nöte der kommenden Wirtschaftsepoche und die gemeinsamen Interessen an der sozialpolitischen Neugestaltung die Gewerkschaften und Angestelltenverbände aller Richtungen zu gemeinsamem Wirken zusammenführen müssen.

Der Kriegstagung, die etwa 400 Delegierte umfaßte, wohnten als Gäste der Leiter des Reichs-

wirtschaftsamtes Dr. Schwander, der Leiter des Kriegsammtes Generalmajor Scheuch und der Unterstaatssekretär des Kriegsernährungsamtes Edler von Braun bei. Herr Stegerwald eröffnete den Kongreß mit einer Ansprache, in der er die feindlichen Annahmen, in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands einzugreifen, zurückwies und die monarchische Gesinnung der Deutschen hervorhob. Dr. Schwander begrüßte den Kongreß mit einem Rückblick auf die heimische Pflichterfüllung der Arbeiter- und Angestelltenchaft während des Krieges und kam in Verbindung mit dieser moralischen Arbeitspflicht auf die Fortführung der Sozialpolitik zu sprechen. „Ein Programm der kommenden Sozialpolitik“, sagte er, „will ich nicht aufstellen. Ich will nur sagen, daß wir heute ernstlich prüfen, wie es möglich sein wird, das Arbeitsrecht frei von unnötigen Hemmungen auszugestalten, dem Arbeiter und dem Angestellten die Mitwirkung und Vertretung im Staatsleben zukommen zu lassen, wie sie andere Berufsstände bereits besitzen, und die gesetzlichen Grundlagen ihrer Berufs- und Organisationsarbeit den Bedürfnissen der Zeit anzupassen, und daß diese Prüfung sich gründen muß auf der Ueberzeugung von dem Wert der Mitarbeit der Berufsverbände aller Art, wie wir ihn während des Krieges recht hoch einschätzen gelernt haben, aber nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für den Wiederaufbau und die Fortsetzung der Friedensarbeit.“ Auch Generalmajor Scheuch und Herr Edler von Braun sprachen kurze Begrüßungsworte.

Als erster Redner sprach Herr Stegerwald über die deutsche Arbeiterschaft im Entscheidungsstadium des Weltkrieges. Er wandte sich gegen die Vorrechte des Weibes. Auch nach dem Kriege werde ein Ausgleich und ein Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmern stattfinden, da die gesamte Wirtschaftslage Streiks und Aussperrungen unmöglich mache. An zweiter Stelle referierte Redakteur Joos-W. Gladbach über die Arbeiterbewegung und die Lebensfragen von Volk und Reich, wobei er sich gegen eine Parlamentsherrschaft wandte und für eine starke Monarchie eintrat. In der Sozialpolitik müsse eine Luftveränderung eintreten. Dem Staatsgeist müsse der Krieg erklärt, die politischen Vorrechte beseitigt und dem gesamten Volke alle Bildungsstätten unentgeltlich geöffnet werden.

Am zweiten Tage behandelte W. Koch-Eberfeld die dringendsten Aufgaben der Sozialpolitik. Er forderte die Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Beirat für Uebergangswirtschaft und in allen sonstigen centralen und Bezirks-einrichtungen, ferner paritätisch geleitete Arbeitsnachweise mit einer Reichscentrale, für die vom Heeresdienst Entlassenen und durch Umstellung der Wirtschaft arbeitslos Gewordenen Arbeitslosenunterstützung bzw. Fortzahlung der staatlichen Gebühre, Arbeitskammern und Schlichtungsorgane mit Einbeziehung der Staatsarbeiter, gesetzlichen Arbeiterschutz für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter während des Krieges, Durchführung des Heimarbeitengesetzes und Unterstellung der Kriegsbeschädigtenrenten unter das Rechtsverfahren der Reichsversicherung. Vor allem aber sei das Auktionsrecht von allen hemmenden Fesseln zu befreien und § 153 der Gewerbeordnung aufzuheben. Der Kongreß nahm nach kurzer Debatte zwei Resolutionen, die eine im Sinne der Forderungen des Referenten, die andere für gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise an.